

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Bundesminister der Justiz
und Mitglied des SPD-Prä-
sidiums, erwartet eine
Renaissance des Ge-
schichtsbewußtseins:
Nicht nur ein Thema für
Historiker.

Seite 1/2

Liesel Hartenstein MdB
bricht eine Lanze für den
ÖPNV: Mit steigenden Ben-
zinpreisen steigt die Be-
deutung.

Seite 3/4

Eckart Kuhlwein MdB for-
dert, die eingeengten
Handlungsspielräume voll
zu nutzen: Fehlanzeige in
der Familienpolitik?

Seite 5/6

Kurt Vogelsang MdB kriti-
siert, wie Bayern sich
gegen die Anerkennung von
Bildungsabschlüssen sperrt:
Erziehung zu Toleranz?

Seite 7

Dokumentation

Erklärung der Initiative
"Freiheit statt Strauß -
Aktion für mehr Demokra-
tie".

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 216

10. November 1980

Renaissance des Geschichtsbewußtseins?

Parteigeschichte ist nicht nur ein Thema für Fachhistoriker

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik waren der Pflege des Geschichtsbewußtseins in unserem Volke nicht eben günstig. Zunächst zwang die Not des Zusammenbruchs, zwang der Kampf um die tägliche Existenz die Menschen dazu, ihre Aufmerksamkeit völlig auf die Gegenwart, ja fast auf den jeweiligen Tag zu konzentrieren. Dann nahm der Wiederaufbau die Menschen gänzlich gefangen, das Bestreben, Versäumtes nachzuholen, es sich gut, zumindest aber besser gehen zu lassen. Auch die Wachstumsideologie, die Neigung also, Erfolg und Mißerfolg des Einzelnen und der Gemeinschaft letzten Endes in den Kategorien des materiellen Mehr zu beurteilen, führte eher zur Verkürzung der geschichtlichen Perspektiven. Natürlich hat auch die Tatsache eine Rolle gespielt, daß die zwölf Schreckensjahre der NS-Gewaltherrschaft und die nationale Katastrophe, in der sie endeten, die Kontinuität unserer Geschichte schwer beeinträchtigt haben. Im Bestreben, diese Jahre zu verdrängen, ja zu vergessen, ging da und dort die Verbindung zu unserer Geschichte überhaupt verloren.

Auch unsere eigene Partei blieb von dieser Verkümmernng des Geschichtsbewußtseins nicht unberührt. Auch bei uns verblaßte die Erinnerung an die Entstehungszeit der Arbeiterbewegung, an die Jahre des Sozialistengesetzes, an den Aufstieg im Kaiserreich, an die Spaltung im Jahre 1918 und die Tragik der Weimarer Republik. Ja selbst die Zeit des Widerstandes, die Zeit des Kampfes gegen Adolf Hitler mit all ihren Opfern drohte vorübergehend in Vergessenheit zu geraten. Und von den großen Frauen und Männern unserer Bewegung, von Ferdinand Lassalle und August Bebel, von Wilhelm Liebknecht und Georg von Vollmar, von Friedrich Ebert und Rosa Luxemburg,



von Hermann Müller, Julius Leber oder Maria Juchacz waren vielen allenfalls noch die Namen bekannt. Zu den schon erwähnten allgemeinen Gründen kam hier vorübergehend das Mißverständnis hinzu, mit dem Godesberger Programm, mit dem Übergang zur Volkspartei habe auch die Geschichte der alten Partei an Bedeutung verloren. Sie sage uns nicht mehr viel; sie sei eigentlich nur noch ein Gegenstand für Fachhistoriker. Für unsere praktische politische Arbeit sei sie kaum mehr relevant!

Manches deutet darauf hin, daß diese Phase der Gleichgültigkeit gegenüber unserer Geschichte und des mangelnden Geschichtsbewußtseins inzwischen ihren Höhepunkt überschritten hat. Es bricht sich zunehmend die Einsicht Bahn, daß nur der das Heute verstehen und für Morgen Ziele entwickeln kann, der das Gestern begriffen hat. Und begreifen setzt eben kennen, setzt ein Mindestmaß von Wissen voraus. Wer die Geschichte nicht zur Kenntnis nimmt, wer nur im Heute lebt, der gerät in Gefahr, seine augenblicklichen Maßstäbe absolut zu setzen; der entbehrt in Zeiten der Krise und der Bedrängnis des Halts und der Sicherheit, die aus dem Wissen fließt, daß andere vor ihm schweren Prüfungen ausgesetzt waren; der ist stärker gewappnet gegen Selbstmitleid und Überreaktionen; der ist auch nicht schon deshalb dazu verurteilt, die Fehler und Irrtümer früherer Generationen deshalb zu wiederholen, weil er versäumt hat, aus ihnen zu lernen.

Und der Einsicht folgen erfreulicherweise konkrete Aktivitäten. So hat die Partei - spät genug - begonnen, sich ihrer im sogenannten Dritten Reich verfolgten Mitglieder zu erinnern, und zwar auch derer, die noch leben. Ludwig Linsert hat sich darum ein großes Verdienst erworben. Man läßt Gedenktage nicht mehr so achtlos verstreichen, wie das lang genug der Fall war. Josef Felder, der letzte noch lebende Reichstagsabgeordnete, der im März 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte, wurde anlässlich seines 80. Geburtstages vom Parteivorstand mit einem Empfang geehrt. An vielen Orten sammelt man Material über die örtlichen Anfänge der Arbeiterbewegung. Seminare über den November 1918, über den Widerstand und die Emigration stoßen auf lebhaftes Interesse, vor allem, wenn alte Genossinnen und Genossen aus eigenem Erleben berichten.

Das alles beschränkt sich nicht auf unsere Partei. Es ergreift auch andere Gruppen und Institutionen. Und es ist vorauszusehen, daß nicht nur das Geschichtsbewußtsein zunimmt, auch das Nationalbewußtsein wird früher oder später wieder eine Rolle spielen. Wir sind gut beraten, wenn wir uns darauf rechtzeitig vorbereiten. Wir würden unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn wir das Thema anderen überließen; denen etwa, die es als Instrument gegen die Entspannungspolitik, als Reizbegriff zur Störung der friedlichen Zusammenarbeit der Völker oder gar als Stimulanz für einen neuen Chauvinismus mißbrauchen könnten.

Eine Renaissance des Geschichts- und des Nationalbewußtseins also? Ich wäre nicht überrascht, wenn beides schon in wenigen Jahren bejaht würde. Wir jedenfalls haben keinen Grund, uns einer solchen Entwicklung entgegenzustellen. Im Gegenteil!

(-/10.11.1980/ks/ca)

+ + +



Eine Lanze für den ÖPNV

Angesichts steigender Benzinpreise steigt die Bedeutung

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretendes Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Seit Jahren haben sich sozialdemokratische Verkehrsminister darum bemüht, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu fördern und mit funktionierenden Nahverkehrsnetzen eine echte Alternative zur Benutzung des eigenen Autos anzubieten. So wurden seit 1970

- beträchtliche Fördermittel für Investitionen im Bereich des ÖPNV bereitgestellt;
- neue Nahverkehrssysteme (zum Beispiel Rufbus-System) erprobt und eingerichtet;
- Verkehrsverbünde geschaffen, in denen alle Verkehrsträger zu einem leistungsfähigen Verbundnetz zusammengefaßt wurden, so in München 1972, in Frankfurt 1974, in Stuttgart 1978, im Rhein-Ruhr-Verbund 1979/1980 und bei weiteren 148 Verkehrs- und Tarifgemeinschaften in Mittelstädten und kleineren Regionen;
- für den ländlichen Raum auch vom Bund mitgetragene ÖPNV-Modelle verwirklicht, zum Beispiel das Hohenlohe-Modell.

Der ÖPNV ist umweltfreundlicher, platzsparender, energiesparender als der Individualverkehr, und er ist sozial unverzichtbar, weil er auch Personen ohne eigenes Fahrzeug die Teilnahme am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Während er in den Ballungsräumen vorwiegend als Schienenverkehr abgewickelt wird, muß er im ländlichen Raum ausschließlich mit Bussen betrieben werden. Um den ÖPNV auch außerhalb der Verdichtungsräume zu fördern und gleichzeitig die Defizite für die Verkehrsträger in erträglichem Rahmen zu halten - zu einem großen Teil sind es die Kommunen - wurden die öffentlichen Verkehrsunternehmen mit Wirkung vom 1. März 1972 von der Mineralölsteuer befreit. Würde diese Befreiung wieder rückgängig gemacht, dann wären Tarifierhöhungen die unweigerliche Folge, denn die höheren Mineralölkosten würden voll auf die Fahrpreise durchschlagen. Damit würden alle diejenigen betroffen, ja gewissermaßen "bestraft", die keine andere Wahl haben, als öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, und ebenso die Berufspendler, die sich freiwillig entschlossen haben, vom eigenen Auto in den Bus umzusteigen.

Die Verbände der öffentlichen Verkehrsunternehmen rechnen mit einer Preissteigerung von sechs bis acht Prozent; zusammen mit den regelmäßig hinzukommenden Tarifierhöhungen ergäbe sich ein Aufschlag zwischen zehn und 15 Prozent. Der Anreiz zum Umsteigen in öffentliche Verkehrsmittel würde erheblich abgeschwächt; neuerliche Fahrgastabwanderungen wären zu befürchten, auf die Gemeinden und Landkreise kämen erneut steigende Defizite zu. Dies alles ginge sowohl verkehrspolitisch als auch energiepolitisch in die falsche Richtung.



Es ist richtig und vernünftig, daß der Löwenanteil der Fördermittel für den ÖPNV heute in die Großstadträume geht, weil dort der Bedarf am größten ist. Es wäre auch wünschenswert, wenn den Gemeinden ein Pfennig von der Mineralölsteuer zweckgebunden für den Ausbau der Nahverkehrssysteme zur Verfügung gestellt würde; es darf aber nicht so sein, daß auf der einen Seite nur Verbesserungen und Vorteile stehen, nämlich für die Ballungsräume, auf der anderen Seite jedoch, nämlich für den ländlichen Raum, nur Nachteile. Dort, wo der ÖPNV völlig auf den Bus angewiesen ist, müßte die Zeche bezahlt werden. Denn die Möglichkeiten für Investitionen im ÖPNV sind in Flächengebieten gering; außer der Einrichtung von Busbahnhöfen und der Anlage von Haltebuchten ist da nicht viel zu machen.

Der Weg muß andersherum gehen:

- Erhaltung und Ausbau der busbetriebenen Netze im ländlichen Raum, keine Streichung der Mineralölsteuerbefreiung;
- Intensivierung des schienenengebundenen Personennahverkehrs überall da, wo eine Schienenanbindung vorhanden ist;
- zusätzliche Förderung der S-Bahn- und U-Bahn-Systeme in Ballungsgebieten; Umschichtung von Mitteln innerhalb des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vom Straßenbau zugunsten des rascheren Ausbaus öffentlicher Nahverkehrssysteme.

Angesichts steigender Benzinkosten und nicht auszuschließender Versorgungsengpässe gewinnen die öffentlichen Verkehrsmittel zunehmend an Bedeutung.

Gerade weil eine in Jahrzehnten erfolgte Siedlungsentwicklung zu immer größeren Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnort geführt hat, muß man von dieser Situation ausgehen: Die Zwangsmobilität ist für viele ein Faktum. Der Umgewöhnungsprozeß vom eigenen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel geht jedoch nicht von heute auf morgen vor sich. Er muß behutsam gefördert werden. Soll er erfolgreich sein, dann sind attraktive, das heißt schnelle, leistungsfähige und preisgünstige Nahverkehrsmittel die unabdingbare Voraussetzung.

(-/10.11.1980/ks/ca)

+ + +



Fehlanzeige in der Familienpolitik ?

Die eingeengten Handlungsspielräume müssen voll genutzt werden

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Die Familienpolitik - im Bundestagswahlkampf noch eines der heißen und konfliktgeladenen Themen zwischen Koalition und Opposition - hat bei den Verhandlungen über das Regierungsprogramm der nächsten vier Jahre zumindest nach außen hin keine Rolle gespielt. Der befangene Beobachter wird den Eindruck nicht los, der Bundesregierung sei angesichts der Verschärfung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage auf diesem Feld der Gesellschaftspolitik die Puste ausgegangen. Aber die nächste Offensive der Konservativen kommt bestimmt. Die Bundesregierung muß dafür gerüstet sein.

Herbert Wehner hat in diesen Tagen geschrieben, gerade Sozialdemokraten hätten sich verpflichtet, "darauf zu achten, daß bei einer Verlangsamung des Wachstums unseres Wohlstandes nicht diejenigen unter die Räder kommen, die der Solidarität und der Hilfe der Gemeinschaft zuallererst und ganz besonders bedürfen". Ein Teil der Familien in unserer Gesellschaft gehört dazu. Ihre Situation muß deshalb weiter verbessert werden.

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm zur Familienpolitik bescheidene Forderungen aufgestellt. Umso größer ist die Enttäuschung, daß sich davon im offiziellen Regierungsprogramm praktisch nichts wiederfindet. Wenn Familienpolitik in der neunten Legislaturperiode nicht völlige Fehlanzeige werden soll, müssen wenigstens die finanziell und politisch eingeengten Handlungsspielräume voll genutzt werden. Die SPD-Fraktion hat da eine wichtige Aufgabe vor sich.

Aus den Forderungen im familienpolitischen Teil des Wahlprogramms findet sich nur die Jugendhilfe im gemeinsamen Programm wieder. Die Koalition will den im Bundestag verabschiedeten und im Bundesrat gescheiterten Entwurf in der Ausschußfassung wieder einbringen. Wegen der mit der Bundesratsmehrheit strittigen Doll-



punkte werden die Beratungen viel Zeit in Anspruch nehmen. Aber für die SPD-Fraktion gilt nach wie vor, daß das neue Jugendhilferecht auf keinen Fall hinter die Praxis nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zurückgehen darf.

Beim Familienlastenausgleich wird 1981 die nächste Kindergelderhöhung für zweite, dritte und weitere Kinder wirksam. Für künftige Kindergelderhöhungen sieht die SPD eine Bevorzugung von einkommensschwachen Familien mit mehreren Kindern vor. Konzepte dafür müssen rechtzeitig für den Fall entwickelt werden, daß auch zwischen 1980 und 1984 mal wieder ein Wirtschaftsgipfel oder ein Steuerpaket unerwartete finanzielle Angebote an die Familienpolitiker enthält. Die Forderung nach einem Abbau von Benachteiligungen für alleinerziehende Väter und Mütter muß noch konkretisiert werden. Sie bleibt mit Sicherheit - vor allem in der Steuergesetzgebung - eine ständige Aufgabe.

Für die Pflege kranker Kinder wollte die SPD den Eltern bis zum zwölften Lebensjahr (bisher achttes Lebensjahr) zehn statt bisher fünf bezahlte Urlaubstage im Jahr zugestehen. Auch das scheitert (vorläufig?) an der Finanzierung.

Die SPD wollte über den Mutterschaftsurlaub hinaus einen Anspruch auf unbezahlten Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie bis zum dritten Lebensjahr schaffen. Damit sollte Vater oder Mutter der Entschluß erleichtert werden, sich wenigstens bis zum Kindergartenalter ganz der Pflege und Erziehung des Kindes zu widmen. Diese Reform würde den Steuerzahler nichts kosten. Sie erscheint dennoch nicht im Regierungsprogramm.

Auch Familienpolitiker haben Verständnis dafür, daß in Zeiten mit wirtschaftlichem "Null-Wachstum" nicht alles verwirklicht werden kann, was notwendig ist und schon gar nicht alles, was wünschbar wäre. Aber Reformen, die faktisch nichts kosten außer etwas Ärger mit den Unternehmerverbänden sollten gerade dann möglich sein. Und für die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen im Familienlastenausgleich oder der Freistellung von Eltern erkrankter Kinder empfehle ich die Überprüfung des Ehegatten-Splittings im Einkommensteuerrecht. Da stecken erhebliche finanzielle Reserven für notwendige familienpolitische Vorhaben. (-/10.11.1980/vo-he/oa)

+

+

+



Erziehung zur Toleranz?

Bayern sperrt sich gegen die Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Von Kurt Vogelsang MdB

Der jüngste Versuch des bayerischen Kultusministers, seinem Unionskollegen Remmers klar-
machen zu wollen, daß Niedersachsens Abiturzeugnisse zweitklassig und damit in Bayern
nicht anerkennungswürdig seien, läßt Bildungsföderalismus zur Kleinstaaterei werden.
Ein geringes Abweichen in der Oberstufe von der Kultusministerkonferenz-Richtzahl
genügt offenbar, damit der Bildungsstein Bayerns ins Rollen kommt: Trotz gültiger
Abiturzeugnisse wird Bewerbern aus anderen Bundesländern der Hochschulzugang in
Bayern erschwert, oder gar versperrt.

Die notwendige Zusammenarbeit zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern
kann aber nur erfolgreich sein, wenn durch ein vernünftiges Maß an Toleranz der An-
erkennung verschiedener Wege in der Bildungspolitik nichts entgegensteht. Dazu ge-
hört, daß nicht versucht werden darf, auf dem Umweg über die Anerkennung von Bil-
dungsabschlüssen, bildungspolitische Entscheidungen anderer Bundesländer zu verhin-
dern. Niemand ist also berechtigt, das Prinzip aufzustellen: Am bayerischen Wesen
wird das Bildungswesen gemessen.

Bei der neuerlichen Auseinandersetzung zwischen Maier und Remmers wird der bereits
1978 von der Bundesregierung vorgelegte Bericht über die strukturellen Probleme des
föderativen Bildungssystems wieder aktuell: Das gilt insbesondere für die Forderung,
daß "die in ihrem Bildungsziel vergleichbaren Abschlüsse im gesamten Bundesgebiet
anerkannt werden".

Dieser Meinung sind all diejenigen, die sich um ein Mindestmaß an Einheitlichkeit im
Bildungswesen bemühen. So haben die Regierungschefs aller Länder am 11. Mai 1978 quer
durch alle Parteien, unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen zu verfassungspoli-
tischen Problemen, der Absichtserklärung der Kultusministerkonferenz zugestimmt und
angekündigt, daß "die Länder alle Möglichkeiten für gemeinsame Lösungen nutzen werden."

Sicherlich hat Bayerns Minister das vergessen. Nun weiß er es wieder. So wird er bereit-
willig das Bildungsziel Nummer eins mitgestalten wollen: Erziehung zur Toleranz. Oder? -

(-/10.11.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Am vergangenen Wochenende haben die im Bundestagswahlkampf 1980 aktiven Initiativen "Freiheit statt Strauß - Aktion für mehr Demokratie" in Bonn folgende Erklärung abgegeben. Zu den Autoren zählen neben Klaus Staeck, Axel Eggebrecht, Iring Fetscher, Henning Scherf, Wolfgang Bittner und andere.

Unser Engagement endet nicht mit dem Wahltag

In der Initiative "Freiheit statt Strauß - Aktion für mehr Demokratie" haben Demokraten aus allen Bevölkerungskreisen im zurückliegenden Wahlkampf Partei ergriffen: Gegen Strauß - für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unser demokratisches Engagement endet nicht mit dem Wahltag, unsere Forderungen sind weiterhin gültig und aktuell.

1. Der Frieden ist und bleibt der Ernstfall. Zur Politik der Entspannung und der guten Nachbarschaft gibt es keine vernünftige Alternative. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, daß alles getan wird, um Sicherheit, Entspannung und Abrüstung voranzutreiben. Gerade in weltpolitischen Schlechtwetterphasen muß sich die friedenspolitische Standfestigkeit beweisen - gerade dann kommt es darauf an, nicht auf die Parolen der Scharfmacher hereinzufallen. Wer hierbei schwach wird und sich angeblich "stark" machen will, wird seiner historischen Verpflichtung nicht gerecht. Konkret heißt das für uns: In Mitteleuropa, besonders im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten, darf es keinen Rückfall in Muster des Kalten Krieges geben. Wir müssen uns dagegen wehren, selbst wenn auf der anderen Seite nicht immer darauf geantwortet wird. Zum anderen gilt aber auch: Pompöse Zapfenstriche, demonstrative Verteidigungsrituale und Scheingefechte um Ordensstufen sind keine Beiträge zu konkreter Entspannungspolitik. Sie bergen vielmehr die Gefahr der Verlagerung unserer Aufmerksamkeit auf Nebensächliches in sich und sind schon deshalb schädlich.
2. Die vor uns liegenden Jahre sind bestimmt von der Aufgabe, dem Recht auf Arbeit tatsächlich Geltung zu verschaffen. Unter allen wirtschaftspolitischen Zielen muß die Wiedererlangung und dauerhafte Sicherung der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang haben; dies erwarten vor allem die vielen jungen Mitbürger, die am 5. Oktober noch einmal der SPD ihre Stimme gegeben haben. Neokonservative Ideologien vom angeblich alle Probleme lösenden Markt sind da ebenso schädlich wie Tabu-Kataloge und sozialpolitische Demontage. Deshalb werden wir auch nicht auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verzichten.

Wir erwarten von der SPD, daß sie zur Lösung dieser zentralen Zukunftsaufgabe mehr als bisher die gemeinsamen Belange von Ökonomie und Ökologie in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Wir verlangen, von der reaktiven Umweltpolitik zu einer aktiven Umweltpolitik überzugehen, auch wenn dabei Privilegien und Machtinteressen angegriffen werden müssen. Dabei führt der Weg über den Preis allein zu unerträglichen sozialen Folgen, deshalb darf es kein Tabu im Blick auf notwendige Gebote und Verbote geben. Und wir erwarten, daß Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen real wird: Durch Mitbestimmung, aktive und demokratisch bestimmte Strukturpolitik, sowie eine Humanisierung der Arbeit. Die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen darf nicht länger auf Sonntagsreden beschränkt bleiben - sie muß überall, auch im betrieblichen Alltag Wirklichkeit werden. Und wir verlangen mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft.



3. Mit Sorge sehen wir, wie neue Herrschaftsstrukturen in unserer Gesellschaft durch Beherrschung neuer Medien errichtet werden sollen. Unsere Zukunft wird nur frei und demokratisch sein, wenn es gelingt, Mißbrauch durch private Profitmonopole zu verhindern. Auch dazu ist es notwendig, den bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sichern und zugleich von bürokratischen Verkrustungen und Bürgerferne zu befreien. Die SPD wird ihrer Verpflichtung nicht gerecht, wenn sie nur wehleidig über Medienbarrieren klagt, statt endlich Medienpolitik zu machen. Wir kämpfen gegen Pressekonzentration, insbesondere gegen das Presse-Monopol des Springer-Konzerns und den Machtmißbrauch durch Springerzeitungen. Wir werden alle demokratischen Mittel ergreifen, um den von Profitinteressen gesteuerten Kommerzfunk zu verhindern - sowohl den über Satelliten wie den über Kabel.
4. Wir stehen am Anfang eines Jahrzehnts, in welchem Mut zur Phantasie, Bereitschaft zum sozialen Lernen nötigen denn je sind. Bürokratische Verengung und technokratische Phantasielosigkeit führen in die Irre. Mut zur Zukunft, Mut zur Phantasie kann es nur geben, wo die innere Freiheit entfaltet und die demokratische Kultur verbreitet wird. Wir erwarten von der SPD, daß sie freiheitstötende Strukturen, wie den Radikalenerlaß und den Ausbau der Erfassung und Überwachung, mit uns bekämpft, sich selbst von kulturfeindlicher Verengung frei macht und die materiellen Voraussetzungen für alternative kulturelle Entwicklungen schafft. Die menschliche Qualität unserer Gesellschaft und die Glaubwürdigkeit der SPD werden wir auch daran messen, ob mit der vollen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien Ernst gemacht wird. Und wir verlangen von der SPD, daß sie endlich konsequenter gegen den neuen Rechtsextremismus und seine Ursachen vorgeht.
5. Dies alles wird uns keine menschliche, freie, soziale und demokratische Zukunft sichern, wenn wir nicht bereit sind, im Verhältnis zwischen sogenannten Industriegesellschaften und sogenannten Entwicklungsländern zu neuen Verhältnissen zu kommen. Die SPD kann auf uns zählen, wenn sie selbst endlich den nötigen Mut zu einer anderen, gerechteren Nord-Süd-Politik aufbringt.

Mit vielen Einzelentscheidungen der SPD sind wir nicht voll einverstanden und manche sind uns total unverständlich. Die bislang bekanntgewordenen Elemente der Koalitionsvereinbarung genügen in weiten Teilen nicht unseren Mindestforderungen an eine soziale, demokratische und zukunftsorientierte Politik; dies gilt in besonderem Maß für die ungleiche Lastenverteilung, wo die Beamten- und Bauernprivilegien ganz oder weitestgehend unangetastet bleiben, während elementare Interessen der jungen Menschen unter den Tisch zu fallen drohen. Aber bei aller Kritik ist die SPD für uns die politische Partei, mit der am ehesten Frieden und Entspannung, soziale Gerechtigkeit und innerer Friede verwirklicht werden können und die sich zu ihrer Geschichte bekennen kann. Deshalb hört unser kritisch-solidarischer Dialog mit ihr auch nicht auf. Wir arbeiten weiter als breite, von unterschiedlichen Gruppen getragene "Aktion für mehr Demokratie". Schwerpunkt unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten wird die Aufklärung über Praktiken des Springer-Konzerns in der Aktion "Wir schreiben nicht für Springer-Zeitungen" und die öffentliche Diskussion über die Zukunft unserer Medienlandschaft sein. Unser wichtigster Ansprechpartner bleibt die SPD, solange sie ihren selbstdefinierten Anspruch, mehr Demokratie wagen zu wollen, ernst nimmt. Dieser Anspruch hat nichts an Aktualität verloren.

(-/10.11.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

